

A N F R A G E von Ursula Braunschweig-Lütolf (SP, Winterthur), Peter Schulthess (SP, Stäfa) und Elisabeth Scheffeldt Kern (SP, Schlieren)

betreffend Schuldenfallen

Seit mehreren Jahren weisen Schuldenberatungsstellen über Appelle in den Medien auf die rapide Zunahme von Verschuldung hin. Die Zeit zwischen dem vorweihnächtlichen Kaufrausch und dem Januarloch im Portemonnaie ist dafür prädestiniert. Jährlich sind die Meldungen alarmierender.

Wir bitten den Regierungsrat, in diesem Zusammenhang die folgenden Fragen zu beantworten:

1. In welchem Ausmass wuchs die Zahl der Zahlungsbefehle, Pfändungen, Betreibungen und Konkurse in den letzten 10 Jahren im Kanton Zürich?
2. Welche Bevölkerungskreise sind darin vorwiegend involviert?
3. Wie hoch ist der Anteil verschuldeter minderjähriger Jugendlicher und volljähriger Jugendlicher bis zum 30. Altersjahr?
4. Gemäss dem Verband der Gemeindeammänner und Betreibungsbeamten des Kantons Zürich hatte vor zwei Jahren jeder dritte Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren durchschnittlich 500 Franken Schulden. Trifft diese Zahl auf die heutige Situation noch zu?
5. Abzahlung, Leasing, virtuelles Geld, Kreditgeschäfte und gratis Kreditkarten erschweren den Bezug zum Geld. Wo sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, der steigenden Verschuldung Einhalt zu gebieten?
6. Banken produzieren durch die Gewährung von Kleinkrediten Überschuldung. Wie steht der Regierungsrat in diesem Schuldenumfeld zur Gründung von Cashgate (spezialisiert auf Konsumkredite und Leasing) unter der Federführung der ZKB?
7. Welches sind nach Ansicht der Regierung volkswirtschaftliche Kollateralschäden der Verschuldung? Welches sind ihre vermuteten Kosten für die Gesellschaft?
8. Wo und wie ist Schuldenprävention möglich?
9. Welche Schuldenprävention will der Regierungsrat rasch an die Hand nehmen?
10. Was hindert den Regierungsrat Schritte zu unternehmen, dass der Umgang mit Geld ein fester Bestandteil des Unterrichtsstoffes in der Volksschule wird?